

# Haushaltssperre

Wann, wenn nicht jetzt, wo dringendst Geld benötigt wird, geht die Finanzsenatorin an die Millionenbeträge des Vermögens des „Sondervermögens Versorgungsrücklage des Landes Bremen“ (2011 ca. 74 Mio. €) und/oder der Gelder, die die „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ verfügbar hat? Der Kapitalstock, das heißt, die Verbindlichkeiten dieses Versorgungsfonds gegenüber dem Land und der Stadtgemeinde Bremen betragen zum 31. Dezember 2011 rund 295 Millionen € inklusive der Verbindlichkeiten aus Altersteilzeit. Heute müssen in beiden Töpfen mehr als 400 Millionen € (etwa nur rechnerisch?) vorhanden sein.

Geschaffen, um die Pensionssteigerungen – die zwangsläufig einhergehen mit den Besoldungserhöhungen für die aktiven Beamten – aufzufangen, hat diese „Geldanlage“ (etwa nur rechnerisch?) ihren Sinn verloren, denn Jahr für Jahr wird vom Senat vorgejammert, dass eben diese Erhöhungen den Spielraum für andere Ausgaben einschränken. Gleichzeitig verhindert offenbar dieses (nur rechnerisch vorhandene?) Geld, dass sich unsere Regierung ernsthafte Gedanken über die „überprivilegierte Altersversorgung der Beamten“ (so sagt Prof. Hickel) machen muss. Wenn heute schon über 1/3 des Personalaufwandes in die Versorgung der Ruheständler fließt, helfen in 5, 10 oder 20 Jahren die paar Zinserträge aus diesen Geldern eh nicht weiter! Eine schlechte Geldanlage!

SPD und Grüne, Senatorinnen und Senatoren! Lösen Sie diese „Konten“ auf, bezahlen Sie damit die Überstunden bei Polizei und Feuerwehr, finanzieren Sie damit neue Lehrer und Polizisten und alles, was aktuell mit der Flüchtlingsversorgung zusammenhängt. Oder die Renovierung des Uni-Bades...! Die rund 10-12 Millionen Zinserträge aus diesen beiden „Geldanlagen“ sind doch „peanuts“ im Verhältnis zu den dringend erforderlichen Geldern. Belassen Sie die Hälfte in den Kapitalstöcken, reduzieren Sie für ein paar Jahre den Zinsertrag auf 4 Millionen!

Senken Sie den Zuwachs der Pensionen auf die höchstmögliche Rentenerhöhung (rechnerisch dieses Jahr knapp 50 € höchstens, durchschnittlich 25 € für Bremer Rentner) statt durchschnittlich (!) über 75 € bei Pensionen, nach oben offen bis über 200 €. Das spart Millionenbeträge und kein Pensionär wird dadurch von Altersarmut bedroht!

Oder ist das Geld etwa nur „chinese money“? Durch die Haushaltsführung der Öffentlichen Hand deklarierbar, aber nicht real verwendbar?

Joachim Leefmann  
Hartmannsweilerstr. 4  
28211 Bremen  
0421 4989521